Deutscher Bundestag Drucksache 18/793
18. Wahlperiode 12.03.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Katja Keul, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/576 –

Keine Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien

A. Problem

Aufhebung des Vorbescheides für den Export von Patrouillenbooten sowie aller Vorbescheide für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien, Nichterteilung von geplanten Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/576 abzulehnen.

Berlin, den 12. März 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer Vorsitzender	**Klaus-Peter Willsch** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus-Peter Willsch

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/576** wurde in der 17. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 2014 dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Willen der Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Vorbescheid für den Export von Patrouillenbooten durch die Werftgruppe Lürssen sowie alle weiteren Vorbescheide für den Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien im Bundessicherheitsrat aufzuheben und die für diese Geschäfte geplanten Hermesbürgschaften nicht zu erteilen.

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Export dieser Waffen verantwortungslos und nicht mit den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vereinbar. Die saudi-arabische Regierung plane nach eigenem Bekunden, die Patrouillenboote auch zum Einsatz gegen den Terrorismus einzusetzen. Mit Blick auf ein neues saudiarabisches Anti-Terror-Gesetz, das auch Kritik an der Monarchie und Politik als kriminell einstufe, könne die Unterstützung von menschenrechtswidrigen Praktiken mithilfe der zu liefernden Patrouillenboote nicht ausgeschlossen werden. Eine Feststellung zu wiederholten Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien sei unter anderem dem Menschenrechtsbericht der Bundesregierung zu entnehmen. Die konventionelle Aufrüstung des Königreichs Saudi-Arabien gefährde die internationalen Bemühungen zur Abrüstung in der Region. Es sei daher im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands, einer Aufrüstungsspirale in der Region entgegenzuwirken. Die Absicherung des Geschäftes mit einer Hermesbürgschaft sei ein völlig falsches Signal und müsse umgehend aufgehoben werden. Der Exportvorbescheid sei mit den deutschen rechtlichen und politischen Vorgaben für den Export von Rüstungsgütern und Kriegswaffen nicht vereinbar.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 18/576 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/576 in seiner 8. Sitzung am 12. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/576 in seiner 7. Sitzung am 12. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/576 in seiner 6. Sitzung am 12. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/576 in seiner 6. Sitzung am 12. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/576 in seiner 6. Sitzung am 12. März 2014 abschließend beraten.

Die Fraktion der **CDU/CSU** betonte, die in Rede stehenden Patrouillenboote seien nicht als Ansatzpunkt für Kritik an Waffenexporten geeignet. Sie würden zur Erfüllung legitimer Staatsaufgaben des Königreiches Saudi-Arabien dienen, nämlich der Kontrolle und Sicherung von Hoheitsgewässern sowie der Überwachung internationaler Seewege und des Schutzes vor Terrorismus und Piraterie. Das Geschäft sichere mit einem Volumen von 1,4 Mrd. Euro bis zu 500 Arbeitsplätze für mindestens zwei Jahre in den heimischen Werften. Die Hermesbürgschaften dienten zudem zur Absicherung der Vorleistungen durch die Werften und nicht den Interessen von Saudi-Arabien.

Die Fraktion der **SPD** hob hervor, dass das geplante Geschäft nicht gegen die Politischen Grundsätze der Bundesregierung zu Rüstungsexporten verstoße, da der Einsatz von Patrouillenbooten zur Sicherung von Küsten im legitimen Interesse eines Staates erfolge. Weiterhin sei eine Einzelfallprüfung bereits vorgenommen worden und es seien keine Gründe ersichtlich, die dem Geschäft entgegenstünden. Es könne dadurch vielmehr ein Beitrag zur Sicherung internationaler Seewege geleistet werden. Hinsichtlich der Hermesbürgschaften sei eine Überprüfung durch die Bundesregierung durchaus erwünscht. Auch sollten weitere Bemühungen zur Transparenz bei Rüstungsexporten erfolgen.

Die Fraktion **DIE LINKE.** führte an, dass Patrouillenboote durchaus gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden könnten. Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien sei zudem sehr kritisch. Die Regierung in Syrien werde derzeit von Saudi-Arabien unterstützt und auch die Terrororganisation Al-Quaida habe ihren Ursprung in Saudi-Arabien. Es sei festzustellen, dass die Interessen der Rüstungsindustrie über den Schutz der Menschenrechte gestellt würden.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass es in Saudi-Arabien zum wiederholten Mal zu Menschenrechtsverletzungen und zur Diskriminierung von Frauen sowie religiösen und ethnischen Minderheiten gekommen sei. Die Lieferung von Panzern und Patrouillenbooten widerspreche jenen Richtlinien zum Rüstungsexport, die sich die Bundesregierung selbst gesetzt habe. Es sei geplant, die Lieferung der Boote mit einer Hermesbürgschaft und somit Steuergeldern abzusichern, obwohl diese ausfuhrrechtlich unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen würde. Dies sei vor dem Hintergrund der Kritik an Panzerlieferungen in der letzten Legislaturperiode durch die Fraktion der SPD weiterhin fragwürdig. Im Koalitionsvertrag habe man sich darauf geeinigt, die geltenden Rüstungsexportlinien als verbindlich ansehen zu wollen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/576 abzulehnen.

Berlin, den 12. März 2014

Klaus-Peter Willsch
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333